

## **Rede zu TOP „Nachtragshaushalt“**

### **Sehr geehrte Damen und Herren,**

wenn es nicht so traurig wäre, könnte man sich ja darüber amüsieren, dass sie sich, liebe SPD, wie der verarmte Adel aufführen. Eigentlich sind die Zeiten von Glanz und Gloria vorbei, die Schatztruhen sind leer und beim ersten zusätzlichen Taler wollen sie schon wieder neue Schlösser bauen.

Wir als Finanzpolitiker freuen uns über die Mehreinnahmen, müssen uns aber bei den Steuerzahlern bedanken, die unter der hohen Abgabenlast zu leiden haben. Um so mehr müssen wir unsere Verantwortung wahrnehmen und das hart erarbeitete Steuergeld ordentlich verwenden.

Ihre Forderungen machen leider ihren Politikwechsel deutlich, der eine Abkehr von einer verantwortungsvollen Finanzpolitik bedeutet. Haben sie schon vergessen, dass Hans Eichel im Jahr 2000 schon für 2006 einen Haushalt ohne neue Schulden angekündigt hatte? Auch wir waren so mutig und haben angesichts der sprudelnden Steuereinnahmen 1999 und 2000 geglaubt, wir könnten auch in Thüringen diese Ziel erreichen. Die Realitäten haben uns eingeholt.

Man kann ja Fehler machen aber man sollte aus ihnen lernen. Auch wenn die Wirtschaft in Thüringen sehr robust auf Wachstum gerichtet ist, dürfen wir die Schatten des Konjunkturabschwungs nicht ignorieren. Unsere Einnahmen sind abhängig von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, Europa und der Welt.

Wir dürfen keine Ausgabenprogramme beschließen, die bei ausbleibenden Steuereinnahmen nur noch auf Pump finanziert werden können. Wir dürfen nicht so tun, als gebe es nicht das Abschmelzen der Solidarpakt- und EU-Mittel. Wir müssen uns darauf einstellen, in 10-12 Jahren mit rund zwei Milliarden Euro weniger auszukommen. All ihre Forderungen lassen diese Voraussicht und Verantwortung für die nachfolgende Generation vermissen.

Ich will an dieser Stelle gar nicht die vielen ungedeckten Ausgabewünsche der letzten Haushaltsdebatten aufgreifen. Auch die hätten schon Mehrausgaben und damit eine höhere Neuverschuldung im dreistelligen Millionenbereich bedeutet. Was ich an dieser Stelle hart kritisieren muss, ist die Tatsache, dass sie einfach die gesetzlichen Regelungen unseres Haushaltsgesetzes missachten.

Da steht ganz deutlich in § 3 „Mehreinnahmen sind, soweit sie nicht einer besonderen Zweckbindung versehen sind oder zur Abdeckung unvorhergesehener und unabweisbarer Mehrausgaben zum Haushaltsausgleich benötigt werden, unter Berücksichtigung von Absatz 2 – das ist die Zuführung in Höhe von 25 Prozent an den Pensionsfonds - zur Tilgung von Verbindlichkeiten oder zur Bildung von Rücklagen zu verwenden.“ Bis auf die Zuführung zum Pensionsfonds missachten sie mit ihrem Vorschlägen die geltende Rechtslage.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben für den Aufbau unseres Landes viel Geld in die Hand genommen aber auch viel Geld geborgt. 16 Milliarden Euro Schulden sind eine Hypothek für die kommende Generation, die uns nicht kalt lassen darf. Einen großen Teil dieser Schulden haben wir mit ihnen, der SPD, in den Jahren der großen Koalition, für oft fragwürdige Programme, aufgenommen. Ein weiterer Teil wurde uns durch die katastrophale Politik von sieben Jahren Rot-Grün in Berlin beschert. Ich möchte nur noch einmal an die 2,5 Milliarden Euro Steuerausfälle in den Jahren 2002-2005 erinnern.

Wir haben darauf reagiert. Wir haben ein hartes Sparprogramm gefahren, das uns nur wenig Beifall gebracht hat aber uns ermöglicht hat, dass wir mit dem Anspringen der Konjunktur unter der Führung von Angela Merkel, die daraus resultierenden Mehreinnahmen für einen schuldenfreien Haushalt 2007 nutzen konnten, obwohl wir für 2007 noch 820 Millionen Euro neue Schulden vorgesehen hatten. Wir wollen auch in den nächsten Jahren keine neuen Schulden aufnehmen sondern auch Schulden zurückzahlen. Mindestens 145 Millionen Euro in 2010 und 178 Millionen Euro in 2011. So steht es in der mittelfristigen Finanzplanung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Thüringer Steuereinnahmen des ersten Halbjahres 2008 liegen mit 126 Millionen Euro über den Einnahmen im Vorjahreszeitraum. Dennoch spiegeln sie die derzeit uneinheitliche Entwicklung in ganz Deutschland wieder. Die Thüringer Wirtschaft ist erfolgreich in das Jahr 2008 gestartet. Die Investitionstätigkeit und die Beschäftigung haben deutlich zugenommen. Dementsprechend sind auch unsere Steuereinnahmen gestiegen.

Im Gegensatz zu den Ertragsteuern, kann man bei der Umsatzsteuer schon Anzeichen für eine Abkühlung der wirtschaftlichen Dynamik sehen. Dies könnte durchaus auch Auswirkungen auf das Einnahmeergebnis des laufenden Jahres haben. Solide Finanzpolitiker entscheiden erst nach dem dritten Quartal, ob Handlungsspielräume möglich sind oder nicht. Für uns bleibt oberstes Ziel ein ausgeglichener Haushalt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben sich vom Ziel solider und nachhaltiger Finanzpolitik verabschiedet. Nicht anders kann ich ihre Absage an das bisher unterstützte Vorhaben, in der Verfassung des Freistaats Thüringen ein Neuverschuldungsverbot zu verankern, kommentieren. Eine weitere Bestätigung dieses Schwenks liegt mit diesem Antrag vor. Sie versuchen sich auch in der Finanzpolitik den unseriösen Gebaren der LINKEN anzubiedern. Dieser Antrag ist ein weiterer trauriger Beleg dafür, dass finanzpolitisch auf sie kein Verlass ist.

Ich möchte nur noch einmal in Erinnerung rufen, dass der Landesvorstand der SPD in seinem Leitantrag "Aufbruch Thüringen" noch 2007 das Neuverschuldungsverbot als Ausweis seriöser Finanzpolitik bezeichnet. Auch im Landtag habe sie sich im Juni 2007 klar zu diesem Ziel bekannt. Sie haben völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass sogar Schulden getilgt werden müssen, um das demographiebedingte Ansteigen der Pro-Kopf-Verschuldung zu verhindern.

Das ist heute so richtig wie damals, und wir werden Haushaltsspielräume nutzen, um genau damit zu beginnen.

Die CDU wird im Landtag die Aufnahme eines Neuverschuldungsverbots in die Verfassung beantragen. Wir warten noch die Ergebnisse der Föderalismuskommission ab und werden dann tätig.

Sehr geehrte Damen und Herren,

sie fordern einen „Thüringer Solidarfonds“ für Beiträge. 30 Millionen Euro wollen sie das den Steuerzahler kosten lassen, jährlich. Sie legen hier Ausgaben fest, die den Haushalt nicht nur in 2009 sondern auch in den Folgejahren belasten.

Ich habe ihr Geschrei noch im Ohr, als wir die Wasserbeiträge abgeschafft haben. Was haben sie nicht alles ins Feld geführt: Wahlgeschenk, Belastung zukünftiger Generationen, verdeckte Verschuldung usw. Jetzt schlagen sie für die Straßenausbaubeiträge Ähnliches vor. Was sie anfassen: Es ist keine Linie zu erkennen, populistisch und nicht durchdacht.

Sie wollen 40 Mio.€ für Schul- und Turnhallensanierung ausgeben. Dafür sind nun mal in erster Linie die Träger zuständig und nicht das Land. Wir haben in den letzten Jahren dafür auch schon hunderte Millionen an Fördermitteln bereitgestellt. Auch wenn sie jetzt wieder anführen, die Kommunen hätten nicht das Geld dafür, dann muss ich ihnen entgegenhalten: Doch die Kommunen haben Geld dafür.

Auch die Kommunen profitieren von den Steuermehreinnahmen. Allein im ersten Halbjahr 2008 haben die Kommunen einen Überschuss von 153 Millionen Euro. Die Steuereinnahmen sind gegenüber dem Vorjahr um 15 Prozent gestiegen. Ich bin überzeugt, dass die Entscheidungsträger vor Ort am besten wissen, wo sie die zusätzlichen Mittel eingesetzt werden können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Thüringens Schulen wurden und werden mit erheblichen Landesmitteln unterstützt und gefördert. Allerdings ist auch festzustellen, dass in den einzelnen Landkreisen unterschiedliche Prioritäten hinsichtlich der Bereitstellung der Eigenmittel und folglich unterschiedliche Schulausstattungen bestehen, die jeweils durch Kreistage / Stadträte für die Schulen bereit gestellt werden.

Das von Kienbaum erstellte Gutachten zur Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft hatte für 2007 Gesamtkosten von durchschnittlich 5.959 € pro Schüler in Thüringen ermittelt. Darin sind auch alle Personal- und Beförderungskosten enthalten. Das Lehrpersonal - der größte Ausgabenposten - wird vom Land finanziert, für die Immobilien und die Sachausstattung sind die jeweiligen Schulträger zuständig, erhalten dafür aber auch Landeszuschüsse. So ist der vom Land gezahlte Schullastenausgleich je Schüler von 2004 bis 2007 kontinuierlich gestiegen. Er belief sich 2007 z.B. für einen Regelschüler auf 336 € und für einem Grundschüler auf 350 € pro Jahr. Die Förderschulen erhalten die höchsten Zuschüsse.

Die Aufwendungen im Grundschulbereich sind mit 7.041 € je Schüler am höchsten, für Regelschul-Schüler sind 6.362 € aufzuwenden und für Gymnasiasten 5.866 €. Eine interessante, aus den vorliegenden Daten nicht zu beantwortende Frage ist, ob sich die verschieden hohen Aufwendungen der Kommunen pro Schüler, das heißt eine bessere oder nicht so gute Ausstattung in den Schulen, in besseren oder weniger guten Ergebnissen bei Notendurchschnitten und Erfolgsquoten niederschlägt.

Die Schulträger werden aber auch auf andere Weise vom Land unterstützt. So haben wir insgesamt mit 198,8 Mio. € zwischen 2004 bis 2007 für die Schulbauförderung (Investitionspauschale, Zuwendungen für Schulsporthallen,) ausgegeben.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Weiterhin fordern sie ein Energieeffizienz-Programm – 30 Mio.€. Hätten sie damals, als sie im Bund die Verantwortung getragen haben, die zusätzlichen Einnahmen aus der Ökosteuer doch genau in solche Programme gesteckt, dann bräuchten wir heute nicht solche Programme. Sie haben unter dem Etikettenschwindel „Öko“ die Rente finanziert und merken jetzt, dass sie mit ihrer Ökopolitik gescheitert sind und wollen, dass nun das Land einspringt. Ich sage: Soll der, der die Ökosteuer einnimmt auch daraus Öko bezahlen. Mit diesem Programm würden sie nochmals den Landeshaushalt dauerhaft belasten. Denn wenn sie ein Programm auflegen, können sie es nicht nur ein Jahr laufen lassen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

dass, was da in ihrem Antrag steht ist ja längst nicht Alles, was auf ihrer Wunschliste steht.

- Das fordert Herr Gentzel mal locker 1.000 Polizisten mehr, gleich 50 Mio.€ jährlich.
- Da fordern die Kulturpolitiker 4 Mio.€ mehr für die Stiftung Schlösser und Gärten und die Vorstellungen für ihr Bibliotheksgesetz hätte 20 Mio.€ an Mehrkosten verursacht.
- Ihre Vorstellungen einer Kinderbetreuungs- und tagesstättenfinanzierung macht locker auch noch mal 117 Mio.€ aus, von denen die Kommunen über 60 Mio.€ zu tragen hätten.
- Da fordern sie 300 Erzieher mehr. Macht rund 15 Mio.€.
- Ihre Gesundheitspolitiker sehen die Finanzierung der Krankenhäuser gefährdet und möchte gerne 25 Mio.€ mehr.
- Uns sicher haben ihre Bildungspolitiker auch noch Wünsche nach mehr jungen Lehrern und dass die Lehrer im Floating auch alle 100 Prozent arbeiten können – Kosten nach oben hin offen.

Sehr geehrter Herr Matschie,

ich bin in Sorge über die fortschreitende programmatische Annäherung ihre Partei an die LINKE. Sie sollten gewarnt sein: Im Zweifelsfall wählen die Leute immer das Original statt der blasseren Kopie. Ich empfehle Ihnen die Lektüre der heutigen TA mit der jüngsten Umfrage von FORSA.

Mit einer Politik sozialer Verheißungen auf Pump und zu Lasten unserer Kinder und Enkel werden sie zur leichten Beute einer aggressiven Partei, die ganz offen die Systemfrage stellt.



Sie und auch wir werden nie soviel an Ausgaben beschließen können, ohne das LINKE noch einen draufsattelt.

Bestes Beispiel war ja erst vor kurzen die Reaktion der LINKEN auf unsere Ankündigung zur Einstellung von 100 zusätzlichen Absolventen in den Schuldienst im nächsten Jahr. Prompt kam die Verdoppelung der Forderung von den LINKEN.

Sehr geehrter Herr Matschie,

draußen vor dem Plenarsaal liegt ein Segelboot. Es ist beim Segeln wie in der Politik: Wer auf den manchmal stürmischen Wassern nicht untergehen will, der muss sich frei halten.

Ich gebe Ihnen einen guten Rat: Halten Sie sich von der LINKEN frei. Es sind die Erben der Bankrotteure von 1989. Und hören Sie auf Ihren Parteilfreund Matthias Platzeck. Der hat am 31. August 2008 in Königs Wusterhausen klare Worte zur LINKEN gefunden: *„Das ist immer noch dieselbe Partei, die uns vor zwei Jahrzehnten das Fiasko der abgewirtschafteten DDR hinterlassen hat. Das ist immer noch dieselbe Partei, die das Desaster angerichtet hat, mit dessen Folgen wir seitdem Jahr für Jahr zu kämpfen hatten.“*

Wie sie sich in den letzten Wochen als Steigbügelhalter dieser Truppe angedient haben, das war schon ein erbärmliches Schauspiel. Da bin ich mit Gerhard Schuchardt und ausnahmsweise auch mit Richard Dewes einer Meinung. Und in der vorhin erwähnten Umfrage haben sie schon die erste Quittung dafür bekommen.

Es schmerzt jeden Demokraten, eine so traditionsreiche und in Manchem verdienstvolle Partei wie die Sozialdemokratie absaufen zu sehen. „Allen wohl und niemand weh – SPD“ das geht nicht mehr. Kurs halten ist gefragt.

Die Rückkehr zu einer soliden Haushaltspolitik könnte ein Anfang sein. Dazu gehört, nicht jeden zusätzlichen Euro gleich zu verfrühstücken. Dazu gehört ein Neuverschuldungsverbot in der Landesverfassung, damit wir erst gar nicht in Versuchung geraten, auf Kosten unserer Kinder und Enkel zu leben.